



Eine Generaldebatte über die Frage, was sich die Gesellschaft leisten kann und will, wünscht sich der Landesgeschäftsführer des Paritätischen, Reinhard Müller. Foto: tlz/Peter Michaelis

Erst die Bürger, dann die Politiker

Initiativen aus der Bevölkerung brauchen mehr Unterstützung

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt. (tlz) Reinhard Müller ist niemand, der ein Blatt vor den Mund nimmt. Der Landesgeschäftsführer des Paritätischen ist eine der überzeugendsten Stimmen im Lande, wenn es um die soziale Not in Thüringen geht, wenn es darum geht, den Benachteiligten der Gesellschaft eine Stimme zu verschaffen. Heute wird er für dieses Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht wird es ihm in der Staatskanzlei überreichen.

Seit 1992 leitet er den Paritätischen in Thüringen. „Es ist viel passiert in dieser Zeit“, resümiert er. Das soziale Netz, das in Thüringen gespannt worden ist, hat schon viele Belastungsproben ausgehalten. Wenn man jetzt von einem drohenden Riss redet, dann geht es um die wichtigen weichen Netze der Präventionsarbeit, das darunter liegende „harte“ Netz aus beispielsweise Behindertenhilfe, Pflegeheimen, psychiatrischen Einrichtungen hält den Belastungen stand.

Aber Müller wäre nicht Müller, wenn er in seiner nachdenklichen Art den Finger nicht auf viele Wunden in der Soziallandschaft legen würde. Große Sorgen macht ihm beispielsweise die Finanznot der Thüringer Kommunen. Hier droht vieles wegzubrechen, was in den vergangenen Jahren mühsam aufgebaut worden ist. „Wir brauchen eine Verstärkung der kommunalen Einnah-

men“, sagt er, die Steuersätze müssten so gestaltet werden, dass eine langfristige Wirkung erzielt wird, dass höhere Verlässlichkeit auch bei der Finanzierung von freiwilligen Aufgaben gegeben sei.

■ Die Frage nach der Systemrelevanz

Und genau an diesem Punkt kommt wieder das Wort von der „Systemrelevanz“ ins Spiel. Für die Bundesregierung hatten im vergangenen Jahr die Banken eine solche „Systemrelevanz“. Wenn man hier nicht mit Milliardenbeiträgen gegengesteuert hätte, wären die Folgen unabsehbar gewesen. Müller stellt sich deshalb die Frage, ob nicht auch das soziale Netz, die soziale Infrastruktur im Land eine solche Systemrelevanz habe. Man dürfe sie nicht politischen Tagesentscheidungen überlassen, Beschlüssen nach Kasenslage. Denn das Defizit der Städte, aber auch des Thüringer Landesetats, sei durch bundespolitische Entscheidungen wesentlich mitgeprägt worden.

Und Müller ist, auch ein Vordenker, der Probleme glasklar analysiert, die von der Politik gerne noch auf die lange Bank geschoben werden. Ein solches Thema ist das des demografischen Wandels. „Das Land müsste mit einer Kommunal- und Gebietsreform beginnen“, sagt er. Die Zahlen der Bevölkerungsentwicklung liegen auf dem Tisch, es seien heute

Entscheidungen notwendig, um sich auf die Herausforderungen von morgen zu vorbereiten. „Wir müssen entscheiden, wo wir nachhaltige Wirtschaftspolitik betreiben wollen, ob wir uns und wenn ja auf welche Kerne konzentrieren sollten.“ Er nennt als Beispiel Modellprojekte wie anthroposophisch orientierte Dörfer. „Solche Initiativen sind die Zukunft“, ist er sich sicher. „Die Bevölkerung ist mehr für dieses Thema sensibilisiert als die Politiker ahnen.“

Hart wird er weiterhin für die sozialen Belange kämpfen, dort, wo der Kitt der Gesellschaft erzeugt wird, wie er sagt. Er würde sich eine gesellschaftliche Debatte über den Aufbau präventiver Netze wünschen, er stellt sich vor, dass die Bürger mehr in Entscheidungen einbezogen werden, dass auch Politik wegkommt von dem Punkt, an dem Initiativen aus der Gesellschaft heraus nur gelobt werden, sondern dass die Politik die Rahmenbedingungen schafft. „Wir brauchen eine Generaldebatte darüber, was kann und was muss sich die Gesellschaft leisten“, sagt Müller. Sein Traum: Wenn er in 20 Jahren sagen könnte, es ist gelungen, dass die Bürger die Gestalter der Politik sind und die Politiker nur die Ermöglicher dieser Bürgerwünsche. Das fängt dann auch im Kleinen an: „Ich wünsche mir, es würde völlig selbstverständlich, dass bei Ansprachen immer zunächst die Bürger erwähnt werden und dann die Politiker.“